



SparkassenVerband Baden-Württemberg  
Postfach 10 54 63 · 70047 Stuttgart

**Jahrespressekonferenz  
SparkassenVerband Baden-Württemberg**

Gesprächspartner	Petra Wöllmer Jürgen Schmid Michael Oswald
Telefon 0711 127-	70478 77901 77877
Telefax 0711 127-	77943
E-Mail	Petra.Woellmer@sv-bw.de Juergen.Schmid@sv-bw.de Michael.Oswald@sv-bw.de
Datum	26. Januar 2006

**Pressemitteilung**

**Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen**

*Stuttgart.* Auf der Jahrespressekonferenz des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg (SVBW) gab Heinrich Haasis, Präsident des SVBW, eine Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

**Rückblick auf 2005**

Nach einer Beschleunigung des Wachstums in der zweiten Jahreshälfte erhöhte sich hochgerechnet auf das gesamte Jahr 2005 das **Bruttoinlandsprodukt** in Deutschland preisbereinigt um + 0,9 %. Damit wuchs die deutsche Wirtschaft schwächer als im vorangegangenen Jahr mit + 1,6 %. Allerdings ergibt sich unter Ausschaltung des Kalendereffekts – im Jahr 2005 standen weniger Arbeitstage zur Verfügung als 2004 – für das Jahr 2005 mit + 1,1 % eine ebenso hohe Wachstumsrate wie 2004.

Maßgeblich geprägt wurde die konjunkturelle Entwicklung im vergangenen Jahr in Deutschland, wie schon in den Vorjahren, von einer ausgeprägten **Exportzunahme**. Die ungebrochen boomende Weltwirtschaft führte zu einem deutlichen Zuwachs der Exporte von real + 6,2 %. Der daraus resultierende Außenbeitrag trug mit + 0,7 %-Punkten zum Wirtschaftswachstum bei.

Positive Wachstumsimpulse von der Binnenwirtschaft kamen im vergangenen Jahr fast ausschließlich von den **Ausrüstungsinvestitionen**. Sie stiegen real um + 4,0 % und damit zum zweiten Mal in Folge, nachdem im Jahr 2004 mit + 2,6 % der erste Anstieg seit dem Jahr 2000 zu verzeichnen war. Die **Bauinvestitionen** konnten demgegenüber auch im vergangenen Jahr zum wiederholten Male ihre Talsohle nicht verlassen und wiesen einen realen Rückgang von – 3,6 % auf. Die Investitionen in sonstige Anlagen stiegen um + 1,8 %. Insgesamt gingen die **Bruttoanlageinvestitionen** real damit um – 0,3 % zum fünften Mal in Folge zurück und belasteten das Wachstum mit – 0,1 %-Punkten.

Auch von der größten Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts, dem **privaten Konsum**, gingen ebenfalls wieder keine Impulse zur Belebung der Konjunktur aus. Aufgrund der weiterhin unsicheren wirtschaftlichen Perspektiven und der Angst um den Arbeitsplatz stagnierte der private Konsum (+/- 0,0 %). Die nominale Zunahme der privaten Konsumausgaben (+ 1,4 %) und der Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (+ 1,5 %) entwickelten sich fast gleichmäßig. Die Sparquote erhöhte sich von 10,5 % in 2004 auf 10,6 % im vergangenen Jahr und erreichte den höchsten Stand seit 1995 (11,0 %). Auch die **staatlichen Konsumausgaben** leisteten angesichts der äußerst angespannten Lage der öffentlichen Haushalte keinen Beitrag zur Stabilisierung der Binnen- nachfrage und nahmen real um – 0,4 % ab.

Die **Preisentwicklung** in Deutschland war im Jahr 2005 gekennzeichnet durch eine gestiegene Zunahme der Verbraucherpreise auf + 2,0 % (2004: + 1,6 %); das war der höchste Anstieg seit dem Jahr 2001 mit ebenfalls + 2,0 %. Maßgeblich für den Anstieg der Teuerung im Jahr 2005 waren neben der Erhöhung der Tabaksteuer und der Kraftfahrzeugsteuer sowie ergänzende Maßnahmen der Gesundheitsreform vor allem die gestiegenen Energiepreise und hier insbesondere die Rohölpreise.

Die **Lage am Arbeitsmarkt** war 2005 unverändert angespannt. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und

Sozialhilfe und der damit verbundenen Verschiebung von der Stillen Reserve in die registrierte Arbeitslosigkeit erhöhte sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2005 gegenüber dem Vorjahr um + 482 Tausend auf 4,863 Millionen. Die Arbeitslosenquote nahm um + 1,2 %-Punkte auf 11,7 % zu. Die geringste Arbeitslosenquote im abgelaufenen Jahr unter den Bundesländern wies, wie bereits in den vorangegangenen Jahren, Baden-Württemberg auf; im Jahresdurchschnitt 2005 lag sie bei 7,0 % (Vorjahr 6,2 %). Die durchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland reduzierte sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2005 um - 121 Tausend auf 38,7 Millionen. Ausschlaggebend hierfür war der Abbau von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.

Als unverändert schwierig hat sich im vergangenen Jahr die Entwicklung der öffentlichen Haushalte gezeigt. Nach vorläufigen Berechnungen betrug das **gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit** insgesamt 78,0 Milliarden Euro, bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt ergab sich ein Defizit von 3,5 %. Das ist zwar der niedrigste Stand seit dem Jahr 2001, ändert aber nichts an der Tatsache, dass Deutschland damit zum vierten Mal in Folge die Obergrenze nach dem Maastrichtvertrag von 3,0 % überschritt.

### **Konjunkturelle Perspektiven für 2006**

Die im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 2005 eingetretene Beschleunigung des Wachstums wird sich im Jahr 2006 verstärken und nach den Schätzungen der meisten Wirtschaftsforschungsinstitute zu einem Wachstum in der Größenordnung von 1,5 bis 1,8 % führen. Stimulierend auf die konjunkturelle Entwicklung auswirken werden sich die unverändert boomende Weltwirtschaft, die Abwertung des Euro in den vergangenen Monaten und die mittlerweile wieder gesunkenen Preise für Rohöl. Hinzu kommen weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen und verbesserte Abschreibungsbedingungen.

Die konjunkturelle Erholung im Jahr 2006 markiert jedoch nicht den Beginn eines starken beschäftigungsintensiven

Aufschwungs. Denn im Jahr 2007 wird sich aller Voraussicht nach die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland unter dem Einfluss einer Abkühlung in der Weltwirtschaft und der dann in Kraft tretenden Mehrwertsteuererhöhung um + 3 %-Punkte wieder abschwächen. In Anbetracht dessen sind strukturelle wirtschaftspolitische Reformen dringend anzumahnen. Neben einer nachhaltigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sind grundlegende Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, bei den Sozialversicherungen und Korrekturen im Steuerrecht unerlässlich. Nur so können die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland verbessert, das Wachstum dauerhaft gesteigert, Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden.

*Diese Pressemitteilung sowie weitere Informationen zum Sparkassenverband und zur Sparkassen-Finanzgruppe Baden-Württemberg stehen auf unserer Homepage <http://www.sv-bw.de> zum Download zur Verfügung.*